



**Reisebericht zur Einzeldienstreise von Beate Walter-Rosenheimer, MdB
nach Indien, 02.09.2024-07.09.2024**

Demokratie, Menschenrechte und die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft

Als Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und als Berichterstatterin für Indien sowie für Frauen- und Kinderrechte der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen reiste ich Anfang September 2024 nach Indien. In Neu-Delhi, Ghaziabad und Agra suchte ich den Austausch mit Politikerinnen und Politikern, sozialen Organisationen und der Zivilgesellschaft.

Dabei standen Frauen- und Minderheitenrechte sowie die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiheiten im Fokus. Diese spiegeln sowohl die Herausforderungen als auch die Widerstandsfähigkeit der indischen Demokratie wider.

Bei den indischen Parlamentswahlen im Mai/Juni 2024 verlor die regierende Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premierminister Narendra Modi ihre absolute Mehrheit im Unterhaus und ist seither auf Koalitionspartner in der National Democratic Alliance (NDA) angewiesen. Während die BJP ihre hindunationalistische Identitätspolitik fortsetzt und gezielt hinduistische Wähler*innengruppen anspricht, stellt die vereinigte Opposition unter Führung der Kongresspartei im Bündnis I.N.D.I.A. eine Alternative dar. Unter dem Slogan „Save the Constitution“ mobilisierte die Opposition im Wahlkampf gegen autoritäre Tendenzen und setzte sich für Minderheitenrechte und den Schutz der Verfassung ein. Diese Dynamik beleuchtet die grundlegenden Spannungen innerhalb der indischen Demokratie. Die BJP, die seit Jahren eine Politik verfolgt, die die Hindu-Identität ins Zentrum stellt, nutzt häufig anti-muslimische Rhetorik zur Wählergewinnung. Dagegen forderte die Opposition, dass die Rechte von Minderheiten und Dalit weiterhin geschützt und die Gewaltenteilung aufrechterhalten bleiben. Dass der Supreme Court im Vorfeld der Wahl die Freiheits- und Wahlrechte stärkte, sendet ein wichtiges Signal für die demokratische Stabilität Indiens. Gleichwohl bleibt der „Shrinking Space“, die Verengung des Handlungsspielraums zivilgesellschaftlicher Akteure, ein großes Problem: Repressive Sicherheitsgesetze und der Foreign Contribution Regulation Act (FCRA) blockieren NGOs und verhindern internationale Unterstützung.

In meinen Gesprächen mit der Heinrich-Böll-Stiftung sowie mit den Mitarbeiterinnen der Deutschen Botschaft in Neu-Delhi wurde klar, dass internationaler Rückhalt für zivilgesellschaftliche Organisationen in Indien notwendig ist, um das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und das politische Engagement von NGOs und Aktivistinnen zu schützen. Das gezielte Vorgehen der Regierung gegen regierungskritische Organisationen gefährdet nicht nur die Rechte der NGOs, sondern auch die Lebensgrundlagen vieler



benachteiligter Gruppen, die auf deren Unterstützung angewiesen sind.

Ein besonders intensiver Austausch fand mit der neu ernannten Ministerin für Frauen- und Kindesentwicklung, Savitry Thakur, statt. Hierbei ging es um Pläne, die gesundheitliche Versorgung von Müttern und Kindern sowie den Zugang zu Bildung für Mädchen zu verbessern. Die Gesundheits- und Bildungsförderung für Frauen und Mädchen ist in Indien von entscheidender Bedeutung: Hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Gewalt gegen Frauen und die niedrige Erwerbsquote von Frauen zeigen die strukturelle Benachteiligung, die tief in sozialen und kulturellen Traditionen verwurzelt ist. Eine Verbesserung der Lage erfordert umfassende Reformen, die insbesondere Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Teilhabe miteinander verbinden und gezielt fördern.

Eine beeindruckende Initiative, die ich besuchte, ist das „Sheroes Hangout Café“, das Überlebenden von Säureangriffen eine Plattform und einen Ort der Sicherheit bietet. Diese Frauen, die zu Opfern brutalster Gewalt wurden, haben hier nicht nur einen Arbeitsplatz gefunden, sondern auch eine Gemeinschaft, die ihre Stimme stärkt. Ähnlich engagiert ist das „Delhi Young Artist Forum“, das sich der Bildung und sozialen Stärkung von Dalit-Mädchen widmet. Workshops und Lernangebote sollen den Mädchen helfen, ihre Ausbildung zu vollenden und ihnen die Grundlage für eine selbstbestimmte Zukunft bieten. Darüber hinaus fördert das Sankalp-Programm der „Empower Foundation“ Frauen in der Unternehmensgründung und im digitalen Marketing, damit sie Kleinunternehmen erfolgreich führen und sich wirtschaftliche Unabhängigkeit aufbauen können.

Diese Initiativen zeigen, wie essentiell es ist, Frauen Zugang zu Bildung und wirtschaftlichen Ressourcen zu bieten, um strukturelle Benachteiligungen zu überwinden.

Einen Schwerpunkt auf staatliche und zivilgesellschaftliche Unterstützung für die Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt legte auch mein Austausch mit der jüngst ins Oberhaus berufenen oppositionellen Abgeordneten Swati Maliwal und Vandana Singh, einem Mitglied der Delhi Commission for Women. Vor ihrer Wahl war Frau Maliwal Vorsitzende der Delhi Commission for Women und hat sich in dieser Funktion etwa für ein Hilfstelefon für Frauen sowie die zwingende Strafverfolgung bei Anzeigen von sexualisierter Gewalt eingesetzt.

Ein besonderes Vorbild für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Mobilität bietet das von der „Azad Foundation“ initiierte Projekt „Women on Wheels“. Frauen werden zu Fahrerinnen ausgebildet und in das Berufsleben integriert – ein Schritt, der ihnen finanzielle Eigenständigkeit und öffentliche Sichtbarkeit verleiht. In Indien, wo Mobilität für Frauen häufig eingeschränkt ist, stellt diese Ausbildung eine bedeutende Veränderung dar. Die Fahrerinnen, die nun auch in mehreren indischen Großstädten tätig



sind, tragen als Vorbilder zur Neuverhandlung der Geschlechterrollen bei und sind ein starkes Zeichen für gesellschaftlichen Wandel.

In Neu-Delhi sprach ich auch mit dem Oppositionspolitiker Prof. Dr. Angomcha Bimol Akoijam über die Lage der indischen Demokratie sowie die angespannte Sicherheitslage in Manipur, seiner Heimatregion, die seit 2023 verstärkt von ethnischen Konflikten betroffen ist. Die Region erlebt vermehrt Gewalt aufgrund erheblicher Spannungen, die durch religiöse und ethnische Differenzen bedingt sind. Ein Drohnenangriff auf Zivilist*innen nur wenige Tage vor meiner Ankunft verdeutlichte die enorme Unsicherheit, in der die Bevölkerung lebt. Die militärische Präsenz, hat es bisher nicht geschafft, die Region zu befrieden. Hier zeigt sich erneut, dass bei religiös, ethnisch und gesellschaftlich komplexen Konflikten rein sicherheitspolitische und militärische Maßnahmen nicht zu anhaltendem Frieden führen.

Indien ist wirtschaftlich als „lower middle income country“ eingestuft, doch ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung lebt weiterhin in extremer Armut. Besonders Dalits und Muslim*innen sind überproportional betroffen, was auf strukturelle Diskriminierungen und soziale Barrieren zurückzuführen ist. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen und das Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit für alle Bürgerinnen zu gewährleisten, benötigt Indien langfristige und tiefgreifende Reformen.

Aus diesem Grund lag ein weiterer Fokus meiner Gespräche auf der Bekämpfung von Armut und der Förderung marginalisierter Gruppen durch gezielte Bildungs- und Wirtschaftsprojekte. Die Menschen, die ich vor Ort traf, zeigen trotz der schwierigen Umstände eine bemerkenswerte Resilienz und sind entschlossen, ihre Rechte einzufordern und ihre Gemeinden zu stärken.

Ein zentrales Thema meines Gesprächs mit der deutschen Botschaft in Neu-Delhi war die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien. Diese Partnerschaft umfasst eine Vielzahl strategischer Bereiche, darunter erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität und digitale Transformation. Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner in der EU und fördert die indische Wirtschaft durch umfangreiche Investitionen, insbesondere im Bereich nachhaltiger Technologien. Die Rolle Deutschlands als Partner in Indiens Energiewende und der Ausbildung von Fachkräften im Bereich Technologie wurde dabei besonders hervorgehoben. Die Zusammenarbeit ist nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern hat auch eine politische Dimension, die durch die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung und Achtung und Wahrung der Menschenrechte gestützt werden sollte.

Neben der wirtschaftlichen Kooperation wurde im Gespräch auch die zunehmende Einschränkung des Handlungsspielraums für NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen in Indien – der „Shrinking Space“ – thematisiert. Die strenge Handhabung des „Foreign Contribution Regulation Act“ (FCRA) durch die indische Regierung hat zur Folge, dass viele NGOs den Zugang zu ausländischen Fördermitteln



verlieren und ihre Arbeit stark eingeschränkt wird. Die deutsche Botschaft betonte die Notwendigkeit, Menschenrechtsfragen im Dialog mit Indien anzusprechen und darauf hinzuwirken, dass demokratische Grundrechte und Freiheiten gewahrt bleiben. Dies ist insbesondere für die deutsch-indische Partnerschaft relevant, da der Austausch mit einer lebendigen Zivilgesellschaft einen zentralen Bestandteil der Kooperation ausmacht.

Ein besonders eindrucksvoller Programmpunkt meiner Reise war ein Stadtrundgang mit Javina Nava, einer Expertin für die Geschichte der Transgender-Community in Indien. Unsere Tour führte uns zu verschiedenen kulturellen und historischen Orten in Delhi, darunter das „Hijra ka Masjid“, ein Denkmal aus dem 15. Jahrhundert, das traditionell als Treffpunkt für Hijras – eine in Indien anerkannte Transgender-Gemeinschaft – diente. Javina erläuterte die tiefen historischen Wurzeln und die spirituelle Rolle der Hijra-Community in der indischen Gesellschaft und schilderte gleichzeitig die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen Trans*menschen in der heutigen Zeit konfrontiert sind. Während unserer Tour betonte sie, wie schwierig es sei, bei diesen Themen neutrale Narrative zu schaffen, da historische und kulturelle Perspektiven oft mit politischen Sichtweisen verflochten sind. Sie schilderte, wie die Hijras im heutigen Indien zunehmend marginalisiert werden, trotz ihrer historischen Bedeutung und ihres kulturellen Beitrags.

Ein weiterer spannender Termin war der Besuch im „Zuubaan-Buchladen“ in Delhi, einem Zentrum für feministische Literatur und Debatten in Indien. Hier traf ich die renommierte Frauenrechtlerin und Verlegerin Urvashi Butalia, die als eine der führenden Stimmen des indischen Feminismus gilt. Butalia ist Mitbegründerin des Verlages „Zubaan Books“, der sich auf Literatur zu feministischen und sozialen Themen spezialisiert hat und eine Plattform für die Stimmen von Frauen in Indien bietet, die oft nicht gehört werden.

Wir tauschten uns über aktuelle Herausforderungen für Frauenrechte in Indien aus, insbesondere angesichts des politischen Klimas, das zunehmend konservative und nationalistische Strömungen begünstigt. Butalia sprach leidenschaftlich über die Notwendigkeit, patriarchale Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu hinterfragen, und betonte die Rolle feministischer Literatur als Werkzeug des Widerstands und der Aufklärung. Sie schilderte, wie Bücher und Bildungsprogramme von „Zubaan“ Frauen und marginalisierten Gruppen helfen, Bewusstsein über ihre Rechte zu entwickeln und sich gegen Unterdrückung zu wehren. Unser Austausch verdeutlichte, dass der Einsatz für Frauenrechte nicht nur eine Frage von Gesetzen, sondern auch von Kultur und Bildung ist – und dass Literatur eine entscheidende Rolle spielt, um gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.



Diese Reise nach Indien hat einmal mehr die Notwendigkeit einer klaren und zielgerichteten menschenrechtlichen Außenpolitik unterstrichen. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass die EU und Deutschland in ihrer Partnerschaft mit Indien nicht nur wirtschaftliche, sondern auch menschenrechtliche und demokratische Belange einbringen. Indiens Rolle als Klimapartner ist von großer Bedeutung, aber die Zusammenarbeit darf nicht auf Kosten grundlegender Menschenrechte geschehen. Die EU muss ein starker Partner für Demokratie und Zivilgesellschaft sein und die Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik stellen.

Abschließend danke ich den Mitarbeiterinnen der Deutschen Botschaft und der Heinrich-Böll-Stiftung für die wertvolle Unterstützung während meiner Reise. Die Begegnungen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und die Berichte über ihre Arbeit haben mich erneut davon überzeugt, wie wichtig die internationale Solidarität für die Verteidigung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien ist. Die indische Demokratie braucht diese Unterstützung, um die Rechte aller Bürger*innen zu schützen und den Herausforderungen einer inklusiven und gerechten Gesellschaft gerecht zu werden.